

Mietenreport 2026: Wohnungskrise wird zur Sozialstaatskrise

1.9.2026 - Jutta Hartmann | Deutscher Mieterbund

Steigende Wohnkosten belasten immer mehr Haushalte.

(dmb) Die Wohnungs- und Mietenkrise hat sich in Deutschland auf hohem Niveau verfestigt und wird zunehmend zur Sozialstaatskrise. Das zeigt der neue **Mietenreport 2026** des Deutschen Mieterbundes (DMB), der heute in der Bundespressekonferenz vorgestellt wurde: „Wer den Sozialstaat stärken will, muss den Wohnungsmarkt reparieren“, erklärt **Dr. Melanie Weber-Moritz, Präsidentin des Deutschen Mieterbundes**. „Steigende Mieten, hohe Nebenkosten und fehlender bezahlbarer Wohnraum führen dazu, dass immer mehr Haushalte bei grundlegenden Ausgaben sparen müssen und auf staatliche Unterstützung angewiesen sind.“

Eine repräsentative Befragung im Rahmen des Mietenreports 2026 zeigt die wachsende Unsicherheit: **58 Prozent** berichten von gestiegenen Wohnkosten innerhalb der vergangenen zwölf Monate. **29 Prozent** sorgen sich, ihre Miete künftig nicht mehr bezahlen zu können. Jeder Zweite befürchtet, im Bedarfsfall keine bezahlbare Ersatzwohnung zu finden. Mehr als jeder vierte Mieter könnte die eigene Wohnung nach einem starken Einkommensverlust höchstens noch drei Monate halten.

„Leistungskürzungen senken keine Mieten und schaffen keine einzige zusätzliche Wohnung. Im Gegenteil, sie erhöhen das Risiko von Mietrückständen, Wohnungsverlust und Wohnungslosigkeit“, so **Weber-Moritz**. „Wer den Sozialstaat entlasten will, muss endlich in dauerhaft bezahlbaren Wohnraum investieren und Mieterinnen und Mieter wirksam schützen.“

Die amtlichen Daten belegen die strukturelle Wohnkostenüberlastung: **11,2 Prozent** der Bevölkerung mussten 2025 mehr als **40 Prozent** ihres verfügbaren Einkommens für das Wohnen aufbringen. Bei armutsbetroffenen Menschen lag der Anteil bei **35 Prozent**. Gleichzeitig lebt mehr als jede vierte armutsbetroffene Person in einer überbelegten Wohnung. Die Wohnungskrise zeigt sich damit nicht nur in der Höhe der Mieten, sondern auch in beengten und qualitativ unzureichenden Wohnverhältnissen.

Zudem ist der Wohnraumangel erheblich: Nach den im Mietenreport ausgewerteten Berechnungen fehlen in Deutschland rund **1,4 Millionen Wohnungen**. Gleichzeitig liefen 2025 mehr als doppelt so viele Sozialbindungen aus als neue Sozialwohnungen geschaffen wurden. Der Bestand an Sozialwohnungen sank auf ein Rekordtief von rund **1,03 Millionen Wohnungen**.

„Die Bundesregierung darf nicht länger die Folgen eines kaputten Wohnungsmarktes verwalten“, betont **Weber-Moritz**. „Sie muss die Ursachen angehen: Mieten begrenzen, Sozialwohnungen schaffen und Menschen vor dem Verlust ihrer Wohnung schützen. Wohnen ist kein Spekulationsobjekt, sondern ein Grundrecht. Bezahlbares Wohnen ist die Grundlage für soziale Sicherheit und einen leistungsfähigen Sozialstaat.“

Die wichtigsten Zahlen auf einen Blick:

- **52,8 %** der Bevölkerung wohnen zur Miete.
- **78,4 %** der armutsbetroffenen Menschen wohnen zur Miete.

- **58 %** der befragten Mieter:innen berichten von gestiegenen Wohnkosten.
- **29 %** sorgen sich, ihre Miete künftig nicht mehr bezahlen zu können.
- **50 %** fürchten, keine bezahlbare Ersatzwohnung zu finden.
- **35 %** der armutsbetroffenen Menschen sind extrem wohnkostenüberlastet.
- Rund **1,2 Millionen Haushalte** bezogen Ende 2024 Wohngeld.
- Rund **1,03 Millionen Sozialwohnungen** gab es 2025.
- Rund **1,4 Millionen Wohnungen** fehlen in Deutschland.

Mit seinem jährlich erscheinenden Mietenreport dokumentiert der Deutsche Mieterbund regelmäßig die aktuelle Lage der Mieterinnen und Mieter.

Das Pressestatement finden Sie [hier](#).

Den Mietenreport finden Sie [hier](#).

Die Grafiken finden Sie [hier](#).

Über den Deutschen Mieterbund

Der Deutsche Mieterbund (DMB) ist der Dachverband von 15 DMB-Landesverbänden und über 300 örtlichen DMB-Mietervereinen mit mehr als 500 Beratungsstellen in ganz Deutschland. In ihm sind aktuell rund 1,25 Millionen Haushalte Mitglied, das entspricht etwa 3 Millionen Mieterinnen und Mietern.

Der Deutsche Mieterbund ist eine demokratische und pluralistische Organisation, die sich für alle Mieterinnen und Mieter einsetzt, unabhängig von ihrer Herkunft, sexuellen Identität und politischen Orientierung. Er steht für eine offene Gesellschaft ohne Diskriminierung bestimmter Gruppen oder Minderheiten.

<https://mieterbund.de/aktuelles/meldungen/mietenreport-2026-wohnungskrise-wird-zur-sozialstaatskrise>